

UND HEUTE

NACHRICHTEN

... rollen Trecker nach Berlin und Brüssel

Heute beginnt eine mehrtägige Protestaktion der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft gegen die EU-Förderung von industrieller Landwirtschaft sowie für den Erhalt der Saatgutvielfalt. Nach einer Demonstration in Hannover startet jeweils ein Traktor nach Berlin und Brüssel. Unterwegs gibt es Treffen mit Vertretern aus Politik, Tierzucht oder Landwirtschaft. Am 18. Januar findet in Berlin zum vierten Mal eine Großdemo unter dem Motto „Wir haben es satt“ statt. Am 20. Januar ist in Brüssel eine Kundgebung zur Reform des EU-Saatgut- und Sortenrechts geplant.

**Schwarze Zahlen hat Schleswig-Holstein** im vergangenen Jahr erstmals seit 1962 wieder geschrieben. Der Haushalt schloss 2013 mit einem Überschuss von rund 115 Millionen Euro ab. In gleicher Höhe löst das mit etwa 27 Milliarden Euro verschuldete Land Kredite ab. +++ **Leiharbeiter dürfen nicht befristet beschäftigt werden**, wenn sie einen dauerhaft anfallenden Bedarf abdecken sollen. Dies verbietet das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, teilte das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein am Dienstag mit (AZ: 3 TaBV 43/13). Ein in der Gesundheitsvorsorge tätiges Unternehmen hatte die Assistentin des Betriebsrats nach zwei Jahren erneut befristet beschäftigen wollen. +++ **Ein Bleiberecht können gut in-**

**tegrierte Ausländer** in Niedersachsen ab sofort leichter erhalten. Innenminister Boris Pistorius (SPD) hat die Ausländerbehörden angewiesen von Abschiebungen abzusehen, wenn die Betroffenen unter die Regelung fallen. Zukünftig solle ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland davon abhängen, wie gut sich die Menschen innerhalb eines Zeitraums tatsächlich integriert haben – unabhängig von dem Datum ihrer Einreise. +++ **Die Beratung und Selbsthilfe intersexueller Menschen** will das Land Niedersachsen mit 40.000 Euro im Jahr fördern. „Es geht darum, plurale Sexualitäten zu akzeptieren“, sagte Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) auf dem 1. Niedersächsischen Fachtag zur Intersexualität. +++

MORDPARAGRAF  
**Anwälte wollen Nazi-Gesetz reformieren**

Schleswig-Holsteins Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW) erhält für ihren Reformvorschlag des Strafrechts Unterstützung von Seiten der Anwälte. Der Deutsche Anwaltverein (DAV) hat Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) am Dienstag aufgefordert, das Strafrecht zu Mord und Totschlag zu reformieren. Der Verein übergab ihm in Berlin einen Gesetzesvorschlag. Eine Überarbeitung sei überfällig, sagte DAV-Präsident Wolfgang Ewer. Der Mordparagraf, der noch aus der NS-Zeit stammt, führe zu ungerechten und zufälligen Ergebnissen. (epd)

DITHMARSCHER KOHL  
**Unter dem Schutz Brüssels**

Dithmarscher Kohl muss aus Dithmarschen in Schleswig-Holstein kommen. Die Brüsseler EU-Kommission setzte das Gemüse am Dienstag auf die Liste der „geschützten geographischen Angaben“. Dies bedeutet, dass Dithmarscher Kohl in der Region an der Nordsee er-

zeugt, verarbeitet oder hergestellt werden muss.

Dithmarscher Kohl kann weiß oder rot sein. Im Antrag hieß es, die Sorten zeichnen sich „durch eine feine Blattschichtung, eine knackige Konsistenz, einen geringen Strunkanteil und einen kräftig abgerundeten Geschmack“ aus. (dpa)



Foto: dpa

PORTRAIT



Hilft in Albanien: Frieder Weinhold  
Foto: Christlicher Hilfsverein Wismar

**Der Ehrenbürger**

Eigentlich kannte er nur Radio Tirana. Das hat der Wismarer Pastor Frieder Weinhold während seiner Jugend in der DDR heimlich gehört – und sich amüsiert über die Sozialismus-Schelte, die da gen Sowjetunion und DDR geschickt wurde. Viel später erst, da war die Wende schon vorbei, schlug auf einer Veranstaltung seiner Freikirche jemand vor, Hilfsgüter nach Albanien zu bringen.

„Ich dachte gleich, das ist eine gute Gelegenheit, mal hinzufahren.“ Nicht als Feind wie sein Großvater, der während des Zweiten Weltkriegs als Soldat dort war. Sondern als Freund. „Ganz bewusst“, sagt er, habe er bei seiner ersten Reise Kontakt zur Veteranenvereinigung der antifaschistischen Widerstandskämpfer gesucht. „Um zu zeigen, dass die Feindschaft vorbei ist.“

Weit effektiver waren aber die Hilfsgüter, die der Gründer der Albanienhilfe Wismar seit 1992 dorthin bringt. Zunächst nach Pogradec, dessen Ehrenbürger er am 15. Februar wird. Damals ist sein Team in einen Aufstand geraten. „Die Leute plünderten aus purer Not die staatlichen Lebensmittellager.“ Aber Weinhold kam wieder. Und dass ihn die Albaner beim nächsten Besuch in abgelegene Dörfer schickten, die sie für politisch sicherer hielten, ärgerte ihn nur kurz. „Angesichts unserer schmalen Finanzen kann unsere Stiftung dort besonders wirksam helfen“, sagt er.

Denn die Dörfer entwickeln sich weit langsamer als die Städte, und da wird das von Weinholds Team betriebene Internat so dringend gebraucht wie der Kranken- und Behindertenpflegedienst. Überhaupt sei es ihm nie darum gegangen, seine Hilfsgüter bloß abzugeben. „Wir sind immer 14 Tage in den Dörfern geblieben und haben mit den Menschen gelebt. Denn die wichtigste Hilfe“, sagt der muntere Pastor, „sind Partnerschaft und Freundschaft.“ ps

**Zu wenig Häftlinge**

**JUSTIZVOLLZUG** Nach dem Bau der JVA Bremervörde sind gut 1.500 Haftplätze in Niedersachsens Gefängnissen nicht mit Gefangenen belegt. Das Justizministerium prüft deshalb Gefängnisschließungen an drei Standorten

VON TERESA HAVLICEK

Niedersachsen plant offenbar, Gefängnisse wegen Unterbelegung zu schließen. Seit Tagen spekulieren Medien, die Justizvollzugsanstalten in Salinenmoor bei Celle, Braunschweig und Aurich könnten dichtgemacht werden. Das Justizministerium hat die Beschäftigten der drei Standorte am Dienstagmorgen zu Personalversammlungen geladen. Das rotgrüne Regierungskabinett soll die Schließungspläne demnach in Kürze offiziell verabschieden.

Der Grund sind leere Haftplätze, die es in den 13 niedersächsischen Gefängnissen schon seit Jahren gibt: Aktuell kommen auf 6.500 Plätze nur rund 5.000 Inhaftierte. 2004 waren es noch fast 6.900. Die Entwicklung ist überregional: Bundesweit ist die Gefangenenzahl zwischen 2007 und 2012 von 64.000 auf 57.600 zurückgegangen. Kriminologen begründen das mit einer sinkenden Kriminalitätsrate und entsprechend weniger Verurteilungen zu Haftstrafen. Allein bei den Tötungsdelikten gibt es laut dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen seit 2000 einen Rückgang von 30 Prozent.

Niedersachsens Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne) plant nun eine „Neuordnung der Justizvollzugslandkarte“. Schließungen einzelner Anstalten seien Teil der Überlegungen, erklärt ein Sprecher. Nähere Angaben wollte er am Dienstag bis Redaktionsschluss nicht machen. Auch zur Zukunft der Standorte Salinenmoor, Braunschweig und Aurich mochte er sich nicht äußern.

Den schrittweisen Abbau von Hunderten Haftplätzen kündigt unterdessen der justizvollzugspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Marco Brunotte, an. Zugleich betont er, man werde „gute Lösungen“ für die betroffenen JVA-Beschäftigten finden. „Die nun möglichen Freiräume sollen für mehr Qualität, gute Behandlungsangebote und bessere Betreuungsschlüssel genutzt werden“, sagt Brunotte. Mit der Schließung der landeseigenen Anstalten in Salinenmoor, Braunschweig und Aurich würden insgesamt 385 Haftplätze wegfallen.

Unnötig verschärft hat die Situation aus seiner Sicht der Bau der umstrittenen teilprivatisierten JVA Bremervörde durch die Vorgängerregierung. 300 neue Haftplätze wurden mit dem Prestigeprojekt von Schwarz-Gelb geschaffen, das Anfang 2013 kurz vor dem Regierungswechsel in Niedersachsen eröffnet wurde.

Unbelegte Haftplätze gab es im niedersächsischen Justizvollzug allerdings schon 2010 bei der Unterzeichnung der Verträge für das Public-Private-Partnership-Projekt. Auf 25 Jahre verpflichtet sich das Land darin, das von ei-

**Die JVA Bremervörde**

- Von den 150 Beschäftigten der teilprivatisierten JVA Bremervörde sind nur 84 Landesbedienstete. Sie sind für die hohheitlichen Aufgaben wie die Bewachung der Insassen zuständig.
- Beschäftigte eines Privatunternehmens übernehmen die medizinische Versorgung und die Verpflegung der Gefangenen.
- Die Laufzeit der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft beträgt 25 Jahre.
- Wegen des JVA-Neubaus wurden kleinere Gefängnisse wie in Stade geschlossen.

nem Privatunternehmen gebaute Anstaltsgebäude für 11,5 Millionen Euro im Jahr zu mieten – samt Belegungsgarantie für die 300 Plätze. Danach geht die JVA in Landesbesitz über.

Justizministerin Niewisch-Lennartz hält diese Entscheidung für „grundlegend falsch“. Bis Mitte des Jahres will sie eine Wirtschaftlichkeitsprüfung zu der JVA vorlegen, auch Ausstiegsoptionen aus den Verträgen für die 300 Plätze in Bremervörde werden dabei geprüft. Kurz- und mittelfristig werde man daran aber gebunden sein, prognostiziert sie.



Überflüssiger Neubau? Erst Anfang 2013 wurde die JVA Bremervörde eröffnet Foto: dpa

**Raubüberfall auf Roma-Familie**

**GLATZEN** Im Landkreis Hildesheim wurde eine Roma-Familie überfallen. Die Schilderung der Betroffenen lässt auf einen rassistischen Hintergrund schließen. Den hat die Polizei bislang nicht gesehen

Alles ging ganz schnell. In Söhre im Landkreis Hildesheim überfielen acht junge Männer eine siebenköpfige Roma-Familie in ihrer Wohnung, schlugen zu und drohten mit einer Pistole. Der Überfall hatte offenbar einen rassistischen Hintergrund, sagt Sigmar Wahlbrecht vom Flüchtlingsrat Niedersachsen. „Das waren Nazis“ habe der Vater ihm berichtet, sagte Wahlbrecht.

In der Nacht zu Sonnabend, dem 4. Januar, sollen die Täter im Alter von 25 bis 30 Jahren in die Wohnung eingedrungen sein. Die Männer hätten mit Nach-

druck gegen 1:30 Uhr an die Wohnungstür im Erdgeschoss geklopft, berichtete der Vater. Als der 32-Jährige die Tür öffnete, schlug ihm einer der Täter mit der Faust ins Gesicht und hielt ihm eine Pistole an den Kopf. Eingeschüchtert übergab der Vater das verlangte Geld – insgesamt 1.300 Euro. „Asylbewerber ohne Bankkonto“, sagt Wahlbrecht, „erhalten ihre regelmäßigen Leistungen in Form von Bargeld.“

Nach wie vor steht die schutzsuchende Familie aus Serbien unter Schock. Der Vater sei sehr „angeschlagen“, sagt Wahlbrecht

und bittet um Verständnis, dass die Betroffenen nicht mit der Presse reden möchten. Nach dem äußeren Eindruck geht die Familie von Neonazis als Täter aus. Einige der Männer sollen eine Glatze gehabt und Springerstiefel getragen haben. Mit zwei PKWs seien sie geflohen. Bereits

**Als der Familienvater öffnete, schlug ihm der Täter mit der Faust ins Gesicht**

am Tag zuvor will die Familie einen PKW mit späteren Tätern am Haus beobachtet haben.

Die Polizei in Hildesheim ist verwundert. Ermittlungen wegen eines gewalttätigen Raubüberfalls laufen. Bei der Anzeige, so Polizeipressesprecher Claus Kubik, sei aber von „Nazis“ nichts gesagt worden. Er sei bisher nicht von einem rassistischen Hintergrund ausgegangen. Einen der Täter beschrieb der Vater nur mit „deutsch“ und „zwei Meter zehn groß“.

Das liege vielleicht an einem Sprachproblem, sagt Wahl-

brecht. Nur die Kinder, die zur Schule gehen, sprechen etwas deutsch. Die erste Vernehmung am 4. sei auf Englisch und mit Gestik verlaufen, sagt auch Kubik und betont: „Wir wollen hier nichts vertuschen.“

Nach dem Überfall konnte das Ehepaar mit seinen zum Teil noch sehr kleinen Kindern bei einer befreundeten Familie unterkommen. Mit dem Mann der Familie habe sich der Vater an den Flüchtlingsrat gewendet – auch wegen der Wohnsituation. „Seit dem Überfall leben elf Personen in einer 60 Quadratmeter großen Wohnung“, sagt Wahlbrecht. „Die gehen auf dem Zahnfleisch.“ Er hofft, dass die zuständigen Stellen „schnell und unbürokratisch“ helfen.

ANDREAS SPEIT